

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 47

Charlottenburg, Freitag, den 20. November 1914

Jahrg. 41

Bekanntmachung.

Die Notstands-Unterstützung ist in der bisherigen Höhe für diese Woche, bis zum 21. November, weiter zu zahlen.
Der Vorstand.

Zur Beachtung.

In Nr. 34 die Ameise wurde bekannt gemacht, daß alle statutarischen Unterstützungen aufgehoben seien. Es sei daher zwecklos, Anträge auf Arbeitslosen-Unterstützung, Krankengeldzuschuß, Sterbegeld, Wöchnerinnen-Unterstützung, Fahr- und Umzugsgelder zu stellen, sie könnten nicht berücksichtigt werden, wie auch die Begründung sei.

Trotz dieser Bekanntmachung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, werden immer wieder Anträge um Gewährung von Sterbegeld, Wöchnerinnen-Unterstützung usw. gestellt. Es sei daher nochmals betont, daß es völlig nutzlos ist, solche Anträge zu stellen, sie können nicht berücksichtigt werden.
W. Herden.

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 2. bis 7. November hatten bis zum Mittwoch, den 11. November noch keinen Bericht eingefandt:

Coblenz, Emmerich, Freiwaldau, Gehren, Hornberg, Meuselbach, Delde, Osterode.

Das Verbandsbüro.

Arbeitslosigkeit und Reichs-Arbeitslosenunterstützung.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ beschäftigte sich in ihrer Nr. 44 mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit einer Reichs-Arbeitslosenunterstützung. Das „Correspondenzblatt“ schreibt darüber treffend: „Die Arbeitgeberzeitung erklärt zwar einleitend, daß sicherlich dieser Frage gegenüber ein anderer Standpunkt einzunehmen sei, als vor dem Kriege. Man sei sich einig darin, daß, wo der Krieg einen wirklichen Notstand geschaffen habe für unsere Volksgenossen, mit vereinten Kräften für Abhilfe und Heilung gesorgt werden müsse. Sie erkennt auch an, daß die Gewerkschaften große Leistungen darin aufzuweisen haben. Trotzdem kann sie sich für eine beschleunigte Reichshilfe nicht erwärmen. Um diese Scheu vor wirklicher Abhilfe zu begründen, führt sie Beispiele von Industrien und Bezirken an, denen der Krieg eine erhöhte Arbeitsgelegenheit gebracht habe und für die Arbeiter in der benötigten Zahl nicht gleich zu erlangen waren. Selbst ungelernete Arbeiter waren nicht immer aufzutreiben. Schließlich unterscheidet sie zwischen wirklichen und nichtwirklichen Arbeitslosen, d. h. zwischen solchen, die arbeiten wollen und nicht können, und solchen, die arbeiten können, aber nicht wollen, und erklärt sich gegen die Zahlung von Reichszuschüssen für die Gewerkschaften und für eine individuelle Behandlung der Arbeitslosen von Fall zu Fall, wobei sie noch ein Klagegedicht über den Mangel an Sparsamkeit anstimmt.“

In gewöhnlichen Zeiten würden wir solche Auslassungen des Unternehmerblattes ignorieren, zumal sie an Oberflächlichkeit ihresgleichen suchen können. Inmitten des ungeheuren Notstandes aber, dessen Bekämpfung eine der ersten Pflichten aller Parteien und Klassen und eine Voraussetzung des inneren Burgfriedens ist, müssen wir solche Auslassungen geradezu als eine schwere Gefährdung der Einmütigkeit des deutschen Volkes und als bewußte Quertreiberei gegen das notwendige soziale Hilfswerk energisch zurückweisen.“

Eine Tabelle der monatlichen Arbeitslosenziffern seit 1907 zeigt, welche große Arbeitslosigkeit der Krieg verursacht hat. Betrug die Arbeitslosenziffer im Juli dieses Jahres 2,7 Proz., so schnellte sie im August sofort auf 22,4 Proz. in die Höhe.

„Die Arbeitslosigkeit erreichte im August 1914 die fünf-fache und im September noch immer die vierfache Höhe des höchsten Winterstandes von 1908. Selbst wenn im Oktober noch mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, dann wäre die Arbeitslosigkeit noch immer um ein Vielfaches höher als in den schlimmsten Krisenmonaten der Vorjahre. Aber der November, Dezember und die folgenden Monate bringen ganz sicher wieder ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit. Alle Kriegsaufträge und Befestigungsarbeiten vermögen dies nicht zu verhindern. Will man die Arbeitslosen wirklich im Winter den Doppelwirkungen von Kälte, Hunger und Verzweiflung überlassen? Glaubt man, daß das die Einmütigkeit des deutschen Volkes und die Kampfesfreudigkeit seiner Söhne im Felde heben wird? Man vergegenwärtige sich doch nur, was ein Gesamtdurchschnitt von auch nur 16 Proz. völlig Arbeitsloser nach zweimonatiger Dauer einer vorher noch größeren Arbeitslosigkeit und neben der Tatsache, daß ein noch größerer Prozentsatz nur im halben oder drittel Umfange bei bedeutend vermindertem Verdienst beschäftigt ist, bedeutet. Es erscheint geradezu unverständlich, wie man sich über diese Situation mit einigen optimistischen Betrachtungen hinwegsetzen kann. In vielen Berufen sind 30 bis 50 Proz., in einigen sogar ein noch höherer Prozentsatz aller Berufsangehörigen arbeitslos. Gewiß versucht ein wachsender Teil den Übergang zu anderen Berufen, selbst zu den schwersten und abschreckendsten Arbeiten wird gegriffen, um überhaupt wieder einmal zu Verdienst zu gelangen. Aber nicht jeder ist solchen Arbeiten gewachsen, und man muß doch auch die Psychologie des Arbeiters qualitativ hochstehender Berufe berücksichtigen, die sich nicht ohne weiteres darein finden können, Heim und Familie in der Großstadt den Rücken zu kehren, um in westfälischen Hüttenwerken als Karrenschieber oder in einer niederschlesischen Zuckersabrik als ungelerneter Hilfsarbeiter den Platz einzunehmen, an den sonst Ruthenen oder Kroaten gestellt wurden.“

Die deutsche Arbeiterschaft hat in den wenigen Monaten des Krieges nicht bloß als Krieger draußen im Felde Großes geleistet, sie hat auch als Schanzengräber und Industriefreiwillige ein Maß von Anpassungsfähigkeit bewiesen, das Anerkennung verdient. Würde das deutsche Unternehmertum ein gleiches Maß von Anpassung und Opferwilligkeit aufgebracht haben, wahrlich, es stünde heute weniger schlimm um die deutsche Volkswirtschaft und wir hätten nicht die hohe Arbeitslosigkeit zu beklagen.

Anstatt gegen die Arbeitslosenunterstützung zu polemisieren, sollte die „Arbeitgeberzeitung“ lieber die ihr nahestehenden Organisationen der Unternehmer kategorisch auffordern, ihre Bemühungen mit denen der Gewerkschaften zu vereinen und

ihre reichen Mittel in den Dienst der Arbeitslosigkeitbekämpfung zu stellen. Diese Mittel würden rasch genug aufgezehrt sein und dann käme sehr schnell die Erkenntnis, daß es ohne öffentliche Mittel nicht geht und daß es Aufgabe des Reiches ist, hier helfend einzugreifen."

Auch wir meinen, daß das dem Allgemeinwohl dienlicher wäre, als das Anstimmen des abgedroschenen Liedes über die "Arbeitscheuen". Und selbst wenn sich unter dem Heere der Arbeitslosen ein kleiner Teil wirklich Arbeitscheuer befindet, die es erst durch unsere gesellschaftlichen Zustände geworden sind, so wird durch diese Tatsache nicht das Geringste an der Notwendigkeit einer durchgreifenden Arbeitslosenunterstützung geändert. Diese Hilfe müßte eigentlich selbstverständlich sein, solange die Arbeitslosigkeit selbst nicht aus der Welt geschafft ist.

Die Preissteigerung und die Konsumenten.

Eine sehr beachtenswerte Mahnung spricht die Calwersche "Arbeitsmarkt-Correspondenz" vom 28. Oktober aus:

Die Tagespresse ist fortgesetzt voll Klagen über die Preissteigerungen der Lebensmittel, aber nur zu leicht führen die an einzelnen Orten gemachten Beobachtungen zu irrigen und nachteiligen Verallgemeinerungen. Die gehäuften Klagen lassen ja in der Tat die Meinung aufkommen, als ob wirklich zwischen Angebot und Nachfrage eine schon recht ungesunde Spannung bestünde, ja in manchen Interessentkreisen regen sie geradezu zu Preissteigerungen an. Eine nüchternere Beurteilung der einzelnen Erscheinungen wäre für die Masse der Konsumenten viel nützlicher als willkürliche Verallgemeinerungen und Uebertreibungen. Schon im September ist in dieser Beziehung viel gesündigt worden, obwohl die Statistik der Lebensmittelpreise ergibt, daß gegenüber August die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes zurückgegangen sind. Und gerade die übermäßigen Klagen und Beschwerden im vorigen Monat dürften dazu mitgewirkt haben, daß die Marktmeinung im Oktober für Preissteigerungen vorbereitet wurde. Man soll gewiß nicht Preissteigerungen geduldig hinnehmen, aber es hat sicherlich gar keinen Zweck, daß man sich über die höheren Preise erst entrüstet und nachher anstandslos zu den höheren Preisen kauft. Die Schwäche der Konsumenten dokumentiert sich gerade im übermäßigen Klagen, und dieses Klagen erzeugt in Interessentkreisen erst recht das Gefühl der Sicherheit für ihre Preissteigerungen. Schon die Preissteigerungen bei Ausbruch des Krieges waren von den Konsumenten insolge ihrer unbegründeten Angst selbst veranlaßt worden. Der August hätte andernfalls keine Steigerung der Kosten für den Nahrungsmittelaufwand in dem Grade, wie geschehen gebracht. Der September hat nun gegen August einen kleinen Rückgang gebracht, und absolut stand das Niveau der Kosten für den berechneten Nahrungsmittelaufwand sogar tiefer als im Jahre 1912. Trotzdem ist damals nicht entfernt so sehr über die hohen Nahrungsmittelpreise gellagt worden wie in diesem Kriegsjahre. Nun soll zugegeben werden, daß heute die Verhältnisse wesentlich anders liegen als vor zwei Jahren, aber nichtsdestoweniger, ja gerade erst recht muß auf die schädlichen Wirkungen des ohnmächtigen und zum Teil unberechtigten Klagens aufmerksam gemacht werden, weil es die Preissteigerungen begünstigt, anstatt sie zu verhindern. Für etwa 200 Plätze Deutschlands, für die allmonatlich die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes auf Grund der Verpflegungsration eines Deutschen Marine-Soldaten berechnet werden, betragen im Mittel die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie im Juli dieses Jahres 25,12 Mk., dagegen im August 26,41 Mk. Für den September stellten sich die Kosten auf 26,14 Mk.; es ist also eine Senkung um 0,27 Mk. eingetreten. Das ist nicht viel, aber angesichts der Kriegszeit doch recht beachtenswert. Betrugen doch im September 1912 die Kosten sogar 26,63 Mk., waren also nicht nur höher als im September dieses Jahres, sondern auch höher als im August 1914. Es ist nun nicht zu verkennen, daß die günstige Preisbewegung des September im Oktober nicht angehalten hat, vielmehr eine neue Preissteigerung sich durchzusetzen vermocht hat, obwohl nach der statistischen Lage der Lebensmittelversorgung zu einer allgemeinen Preissteigerung Grund vorliegt. Daß an einzelnen Orten und in einzelnen Artikeln vorübergehend Spannungen eintreten, das ist in einer Zeit wie der jetzigen nicht zu verhindern. Aber trifft man aber den Wert einer solchen Spannung, verallgemeinert man sie, anstatt ihr entgegenzutreten und sie in ihrer Wertigkeit zu beurteilen, so reizt man, von den Großhändlern angefangen bis herunter zu den Produzenten, nur den Appetit zu Preissteigerungen auf der ganzen Linie. Das wollen freilich die Konsumenten nicht

gerne hören, aber es muß gesagt werden, wenn man in Zukunft grobe Fehler vermeiden will. Die Masse der Konsumenten in den Städten würde viel mehr im eigenen Interesse handeln, wenn sie statt zu klagen, sich den bestehenden Konsumentenorganisationen anschließen würde. Dadurch würden sie den Einfluß dieser beim Wareneinkaufe ganz erheblich verstärken können. Die Einkaufsgesellschaften dieser Organisationen wären dann in der Lage, unbegründeten Preissteigerungen mit Aus-sicht auf Erfolg entgegenzutreten zu können, während sie heute hauptsächlich infolge der Zersplitterung und Ohnmacht der isolierten Konsumenten nicht den hinreichend kräftigen Druck auf die Verkäufer auszuüben vermögen, der nötig wäre, um Preistreiberien unmöglich zu machen.

Der Verfasser hat durchaus recht, wenn er die Frage des Kampfes gegen Uebertreibung letzten Endes als eine Frage der Organisation der Konsumenten bezeichnet. Wer von diesem Mittel keinen Gebrauch macht, darf sich nicht wundern, wenn man ihn nicht auf der Rechnung hat und als unbeachtliche Größe behandelt.

Partei und Gewerkschaften zur Nahrungsmittelversorgung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand haben am 4. November an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der dringend die zur Nahrungsmittelversorgung erforderlichen Maßnahmen befürwortet werden. In der Eingabe wird gesagt, die beiden Körperschaften seien enttäuscht, daß die Höchstpreise für Getreide viel zu hoch angelegt seien. Diese Preise seien um so weniger gerechtfertigt, da die Ernte nicht ungünstig ausgefallen sei. In einer Zeit, wo Millionen von Menschen schwere Opfer bringen, sei es im Heeresdienst oder durch wirtschaftliche Leiden, könne nicht einem Teil der Bevölkerung ein besonderer Gewinn aus dieser Notlage zugestanden werden. Es wäre jetzt noch Zeit, die Preise herabzusetzen. Wenn aber dieser Weg nicht mehr gangbar erscheine, so müßte die Regierung die Verordnung dahin erweitern, daß für die Folgezeit die Preise langsam herabgesetzt werden und daß die noch nicht verkauften Mengen, die sich noch im Besitze der Landwirte befinden, zu einem erheblich minderen Preise zur Verfügung gestellt werden müssen. Vor allem sollten solche Ankäufe der Staat und die Gemeinden vornehmen, um diese Vorräte zu geeigneter Zeit zu mäßigen Preisen auf den Markt zu bringen.

Die Preisfestsetzung des Bundesrates würde für Ende 1915 einen Roggenpreis von 256 Mk. und einen Weizenpreis von 296 Mk. in Aussicht stellen. Diese Maßnahme stellt an die Bevölkerungskreise, die heute von der Last der wirtschaftlichen Unbill niedergedrückt werden, eine erhöhte Zumutung, die mit tiefer Erbitterung empfunden wird. Dabei sind diese Preisfestsetzungen, die der Preistreiberie noch weiten Spielraum lassen, nicht einmal soweit durchgeführt, daß auch die Mehlpriese festgelegt werden. Jetzt erst wird sich das Heer der Spekulanten auf die Preistreiberie für Mehl legen, um abzuwarten, bis hier die Regierung die nötigen Maßnahmen ergreift; denn das Beispiel der Preisfestsetzung für Getreide ist keine Abschreckung für das spekulative Treiben jener Kreise. Die arbeitende Bevölkerung sollte erwarten können, daß ihre Interessen eine andere Würdigung erfahren, als mit diesen Anordnungen, die eine neue, millionenschwere Last auf ihre Schultern legt, gegen die die ganze Preistreiberie der Zollpolitik nur ein Kinderspiel ist.

Auch mit der Preisfestsetzung für Hülsenfrüchte und Zucker beschäftigt sich die Eingabe. Zur Festsetzung des Zuckerpreises — der Doppelzentner Rohzucker soll trotz des großen Ueberflusses an Zucker noch um 50 Pfg. teurer sein als der Durchschnittspreis im Jahre 1913 — wird gesagt, der Parteivorstand und die Generalkommission wünschten, die Regierung möchte ihre Fürsorge in gleichem Maße wie den Zuckerproduzenten auch der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen lassen. Ferner wird in der Eingabe die Aufmerksamkeit der Regierung nochmals auf die Preisfestsetzung für Kartoffeln gerichtet. Bis jetzt habe nur die Militärverwaltung in einigen Bezirken Höchstpreise festgelegt. Die allgemeine Festsetzung von Höchstpreisen könne nicht länger zurückgestellt werden, wenn nicht für die Bevölkerung dieselben schweren Nachteile entstehen sollen, wie bei der Festsetzung der Getreidepreise. Die Festsetzung eines Höchstpreises für Kartoffel- und Stärkemehl sei im Hinblick auf die wüsten Preistreiberien dringend notwendig. Die Verordnung des Bundesrates, Kartoffelmehl als Zusatz bei der Brotfabrikation zu verwenden, habe den Preis für

Kartoffelmehl bereits auf die Preishöhe für Roggenmehl getrieben.

Zum Schluß heißt es: „Wir bitten, daß sich das Reichsamt des Innern von der Auffassung befreien möge, als ob solchen Treibereien mit Ermahnungen begegnet werden kann, die zur Mäßigung raten. Diese Interessentengruppe ist dafür bekannt, daß sie ohne Rücksicht auf das Allgemeininteresse nur ihre Vorteile zu vertreten gewohnt ist. Wir bitten deshalb, unsere Vorschläge zu berücksichtigen und nicht zögernd an Maßnahmen heranzutreten, die heute der gesamten Bevölkerung zum Schutze dienen müssen.“

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bemerkt zu dieser Eingabe: „Nach den Beobachtungen, die in den Kriegsmontaten zu machen waren, kann man sich wohl kaum dem Eindruck entziehen, daß die in der Eingabe getroffenen Feststellungen den Tatsachen entsprechen. Es herrscht wohl allgemein die Auffassung, daß die Maßnahmen zum Schutze der Verbraucher zu spät kamen, um noch genügend wirksam sein zu können. Um so notwendiger ist das rechtzeitige Handeln bei all den Anlässen, wo die Spekulation auf ungerechtfertigten Geschäftsgewinn das Gemeinwohl vollkommen unbeachtet läßt. Wenn die Eingabe hier vorwärts treiben will, so ist diese Absicht durchaus zu begrüßen.“

Verbands-Angelegenheiten

Quittung über eingesandte Gelder vom 1. Juli bis 30. September 1914.

Adorf 20,—. Ahlen 100,—. Altwasser 650,—. Arzberg 400,—. Bonn 100,—. Braunschweig 71,58. Bunzlau 170,—. Coburg 140,—. Döbeln 150,—. Dresden 1000,—. Duisburg 70,—. Eisenberg 1000,—. Elgersburg 80,—. Eisterwerda 160,—. Flörsheim 200,—. Frankfurt a. D. 100,—. Fraureuth 800,—. Freienorla 290,—. Fürstenberg a. D. 20,—. Geithain 50,—. Gelsenkirchen 13,54. Gernersheim 62,84. Gräfenhain 400,—. Gräfenroda 60,—. Gräfenthal 500,—. Grünhain 100,—. Hirschau 30,—. Höhr 100,—. Hornberg 267,08. Hüttengrund 150,—. Judenbach 300,—. Kahla 450,—. Kleindembach 200,—. Kolmar 250,—. Köpelsdorf 500,—. Küps 50,—. Landau 39,70. Langenau 300,—. Langewiesen 150,—. Lauf 100,—. Lettin 60,—. Ludwigstadt 25,—. Magdeburg 400,—. Mannheim 100,—. Margarethenhütte 400,—. Markt-leuthen 250,—. Marktredwitz 400,—. Meißen 200,—. Meuselbach 50,—. Mitterteich 300,—. Moschendorf 200,—. München 500,—. M.-Gladbach 80,—. Neustadt b. G. 250,—. Nossen 70,—. Nürnberg 100,—. Oberhausen 110,10. Oberlind 31,50. Ohrdruf 400,—. Oschatz 317,90. Pankow 65,92. Passau 65,—. Pöschappel 400,—. Probstzella 234,74. Radeberg 50,—. Rehau 100,—. Reichenbach 150,—. Rheinbach 90,—. Rößlau 200,—. Rudolstadt 500,—. Saargemünd 100,—. Scheibe 133,28. Schney 150,—. Schönwald 400,—. Schramberg 100,—. Schwab.-Gmünd 18,25. Schwarzau 200,—. Schwarzenbach 220,—. Schwarzenberg 259,10. Sigendorf 81,—. Sondershausen 32,24. Sophienau 200,—. Spechtsbrunn 100,—. Spandau 320,—. Suhl 130,—. Teltow 550,—. Tiefenfurt 950,—. Tirschenreuth 350,—. Uhlstädt 141,72. Unterködig 80,—. Unterpörlitz 135,—. Unterweißbach 100,—. Vegeßack 150,—. Vohenstrauß 150,—. Volkstedt 300,—. Waldershof 100,—. Waldassen 100,—. Weiden 350,—. Weißwasser 50,—. Wunstedel 137,—. Zell 100,—. Zwickau 200,—. Böhme-Eisenberg 12,60. Fränzel-Pöschappel 3,60. Haupt, Herm., Dresden 50,—. Haupt, Max, Dresden 20,—. Hoffmann-Ilmenau 9,60. Klier-Zug 2,—. Langhammer-Wilkau 9,—. Paschold-Berlin 1,20. Postabonnenten 256,84. Rottmann-Stadtlin 20,—. Schneider-Charlottenburg 5,—. Seifert Zwickau 30,—. Summa 22 502,23 Mark.

W. Herden.

Vermischtes

Die Verlegung des Sozialistischen Internationalen Bureaus soll schon in nächster Zeit nach Holland erfolgen. Damit sind die sozialistischen Parteien fast aller Staaten einverstanden, nur die Franzosen erheben dagegen Widerspruch. Ihrer Ansicht nach soll das Internationale Bureau auch während des Krieges in Belgien bleiben. Die ständische Verwaltungskommission der französischen sozialistischen Partei wendet sich ebenso entschieden gegen jede Einberufung eines internationalen Kongresses, wie ein solcher z. B. bereits von Amerika in Vorschlag gebracht wurde.

Der preußische Landtag, der am 22. Oktober zu einer kurzen Kriegssitzung zusammentrat, bewilligte der Regierung die von ihr geforderte Summe von anderthalb Milliarden Mark, die fast ausschließlich zur Vinderung von Kriegsschäden bestimmt sind. So sind unter anderem 400 Millionen für die Schäden in Ostpreußen vorgesehen, größere Summen sind für die Notstandsarbeiten verschiedener Art bestimmt. Nur von den Sozialdemokraten wurde zu der Vorlage eine Erklärung abgegeben, die auf die verschiedenen Mängel hinweist, die der Vorlage anhaften. Aber trotz dieser Mängel würden die Sozialdemokraten für die Kredite stimmen. Die Regierungs-

vorlage wurde sodann ohne weitere Diskussion einstimmig angenommen, worauf der Landtag bis zum 9. Februar 1915 vertagt wurde.

Weihnachtsgeschenke für die Familien der Krieger. Der Verband deutscher Lederhandschuhfabrikanten hat dem Lederarbeiterverband 1000 Mk. zur Verfügung gestellt zur Beschaffung von Weihnachtsgeschenken für die Familien der zum Heeresdienst Eingezogenen. Wie es in einem Anschreiben des Unternehmerverbandes heißt, will er damit seine Sympathie für die im Felde stehenden Arbeiter zum Ausdruck bringen.

Zerstörte Gewerkschaftsorganisationen in Ostpreußen. Während unsere gewerkschaftlichen Organisationen auch in dieser schweren Zeit allgemein in durchaus anerkennenwerter Weise funktionieren, sind sie in jenen Distrikten, die von feindlicher Invasion nicht freiblieben, völlig aufgelöst. Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Fritz Paepow, hat im Auftrage seiner Organisation das durch den Krieg verwüstete Ostpreußen besucht. Seinem sehr interessanten Bericht, den er im „Grundstein“ veröffentlicht, entnehmen wir hier einen Teil, der sich auf die gewerkschaftlichen Organisationen bezieht. Es heißt dort:

„Und nun unsere Organisation! Ach, wo sind die so kräftig aufblühenden Zweigvereine geblieben? Auch sie sind bis auf einige auf der Flucht! Mehr als in jedem anderen Landesteil sind natürlich in Ostpreußen sofort alle gebildeten wehrfähigen Männer eingezogen worden; hat doch der Landsturm den ersten Andrang der Russen abwehren müssen. Von den am Schlusse des zweiten Quartals gezählten Mitgliedern unseres Verbandes war bis zum 12. September fast die Hälfte eingezogen. Ein großer Teil der nicht eingezogenen Kollegen ist sofort bei Ausbruch des Krieges nach Königsberg und an anderen festen Orten zur Schanzarbeit gegangen, wo sie in ihrer Bewegungsfreiheit ebenso gehalten werden wie die Soldaten, also sich um die Organisation kaum kümmern können. Und der Rest — bis auf wenige Hunderte — ist geflüchtet, hierhin und dorthin versprengt. In einigen Orten hatten sich die Kollegen schon wieder gesammelt, und da sie inzwischen hören und sehen konnten, daß der Deutsche Bauarbeiterverband noch lebt und gar nicht daran denkt, seine Tätigkeit einzustellen, werden sie sich wohl auch darauf besinnen, daß sie die Pflicht haben, das begonnene Werk nach Kräften fortzusetzen. Auch hier gibt es viele Trümmer, die nicht einmal durch „Notbauten“ während des Krieges in Ordnung gebracht werden können. Da kann erst der Friede die Wunden heilen. Und wie das zerstörte Ostpreußen in seinem Neuen neu erstehen muß, so wird auch gewiß unsere Organisation von neuem starke Wurzeln schlagen und zu einem stattlichen Baum erwachsen müssen. Nie war ja der Wert der Organisation augenscheinlicher als jetzt.“

Oesterreichische Gewerkschaftsmitglieder im Kriege. Auch die österreichische Gewerkschaftszentrale hat sich bemüht, die Zahl ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder festzustellen. Die Erhebungen darüber fanden am 31. August statt. Ende 1913 gehörten der österreichischen Gewerkschaftszentrale 60 Organisationen mit 372 216 männlichen Mitgliedern an. Von diesen berichteten 46 Organisationen, daß 53 457 Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen seien. Die Zahl der von der Erhebung erfaßten Mitglieder beträgt 78,3 Proz. der Gesamtzahl. Diesen Prozentsatz auf die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder umgerechnet, ergibt, daß 18 Proz. der männlichen Mitglieder in Kriegsdiensten stehen (bei den deutschen Gewerkschaften waren es nach der ersten Zählung bekanntlich 27,7 Proz.). Wie bei uns, so dürfte auch in Oesterreich diese Zahl der im Felde stehenden Mitglieder inzwischen stark gestiegen sein. Etwa ein Drittel der Eingezogenen stellt Wien, die Provinz die übrigen zwei Drittel. In absoluten Zahlen haben die Metallarbeiter den größten Anteil, ihnen folgen die Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter und Zimmerer. Die niedrigsten Zahlen sind in kleineren Berufen anzutreffen, die weniger Mitglieder haben, so daß irgendwelche Schlußfolgerungen aus der Beteiligung der Berufsangehörigen am Kriegsdienst nicht zu ziehen sind, da eine prozentuale Berechnung, die dafür einigen Anhalt bieten würde, in der Statistik der österreichischen Gewerkschaften fehlt.

Die Arbeitslosenunterstützung der englischen Gewerkschaften. Auch die englischen Gewerkschaften müssen zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder recht große Opfer bringen. So hat, wie „Daily Citizen“ vom 14. Oktober mitteilt, der englische Textilarbeiterverband in den zwei Monaten August und September die Summe von rund einer Million Mark für diesen Zweck verausgabt, eine Summe, zehnmal so groß als die im ganzen Jahre 1913 für die Unterstützung der Arbeitslosen benötigte.

Die englischen Genossenschaften und der Krieg. Die englische Großeinkaufsgenossenschaft zahlt allen ihren Arbeitern und Angestellten, die freiwillig ins Heer eintreten, den vollen Lohn weiter, abzüglich des Soldes. Sie fördert die Rekrutierungslampagne nach Kräften. Zur Ausrüstung der Freiwilligen aus ihren Bureaus in der Zentrale (Manchester) gab sie 10 000 Mt., als erste Rate zu dem Prince of Wales-Invalidentfonds 200 000 Mt. und für die belgischen Flüchtlinge 20 000 Mt. Ähnliche Beschlüsse faßten viele Genossenschaften im ganzen Lande.

Schweiz. Unter dem Druck des Weltkrieges hat die Arbeiterschaft zahlreicher Schweizer Gewerbebezirke eine starke Kürzung der Löhne betroffen. Die Vertreter verschiedener Gewerkschaftsverbände haben deshalb neben anderen Bemühungen zur Wiederherstellung des alten Lohnzustandes auch die Hilfe des Bundesrats angerufen. Daraufhin hat dieser begonnen, in einzelnen Bezirken Lohnberatungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu veranstalten, um die Vereinbarung von Normallöhnen herbeizuführen.

Die schweizerischen Gewerkschaften im Krieg. Ueber die Wirkungen des Krieges auf die Gewerkschaften hat das Sekretariat des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes eine statistische Darstellung veröffentlicht, die folgende Ergebnisse aufweist. Von den 21 Verbänden, die dem Gewerkschaftsbund angehören, fehlen in der Statistik nur 2, nämlich die der Bauarbeiter und der Hutmacher. Die übrigen 19 Verbände hatten Ende Juli 1914 zusammen 85 250 Mitglieder, Ende September 1914 58 792, also um 26 593 weniger. In den Militärdienst mußten 22 593 Mitglieder einrücken, 11 964 Mitglieder waren ganz, 15 769 teilweise arbeitslos.

Die Petroleumnot. So allmählich gibt es jetzt bei uns bekanntlich kein Petroleum mehr. Das ist besonders für das Proletariat unangenehm, da dort noch die meisten Petroleumlampen in Gebrauch sind. Aber nicht nur bei uns hat das Proletariat unter der Petroleumnot zu leiden. Auch in anderen Ländern, denn die gesamte Flotte der amerikanischen Petroleumgesellschaften liegt fest, so von der größten Gesellschaft der Welt, der Standard Oil Co., allein sämtliche 205 Schiffe, sowie alle gemieteten Fahrzeuge. Und auch in Amerika selbst bringt die Petroleumnot dem Proletariat manche Nachteile. So hat z. B. jene genannte größte Petroleumgesellschaft der Welt, wie der „Fin. American“ der „Umschau“ zufolge schreibt, ihre Werke in Brooklyn vollständig still gelegt. Nur die Werke auf Long Island sind noch in Betrieb, doch wird bei Fortdauer der jetzigen Situation auch hier eine Schließung der Anlagen notwendig sein, wovon die meisten der mehrere tausend Arbeiter betroffen würden. Und durch die Stilllegung der Petroleumschiffahrt arbeiten allein in New Jersey zur Zeit 12 000—14 000 Arbeiter mit halber Arbeitszeit. Das zeigt, wie die wirtschaftlichen Ereignisse das Proletariat stets in seiner internationalen Gesamtheit erfassen.

Uersammlungs-Berichte etc.

Fraureuth. In der am 14. November stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde dem verstorbenen Kollegen Moriz Täubert die letzte Ehre durch Erheben von den Plätzen gegeben. Die Kollegen Franz Flott und Franz Krämer, welche im Militärdienst stehen und auf Urlaub sich befinden, wurden begrüßt. Die diesjährige Generalversammlung soll am Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Bollwäldts-Restaurant stattfinden. Zu einem Sterbefall wurde beschlossen, von den Mitgliedern der Sterbefälle einen einmaligen Beitrag von 15 Pf. zu erheben. Zum Schluß wurde um starke Beteiligung zu dem Begräbnis der Frau des Mitgliedes Hermann Günther gebeten. Der Besuch war ein guter.

Cotenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Otto Frank, Schildermaler, geb. 5. Juni 1891, gefallen in Rußland. Mitglied der Zahlstelle 3.

Max Jakob, Dr., gefallen am 15. Oktober in Kapotkie in Rußland. Die Zahlstelle 3. Hattenstein wird ihn in ehrendem Andenken behalten.

Bruno Schulz, Dr., geb. 6. Februar 1890 in Tiefenfurt, gefallen in Schräbenberg bei Verdun.

Fritz Eske gefallen in Frankreich.

Otto Jeger, geb. 3. April 1892 gefallen in Frankreich.

Die zahlst. Kollegen der Kollegen waren Mitglieder der Zahlstelle Tiefenfurt.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Fraureuth. Moriz Täubert, Mt., geb. 11. November 1869 in Reudnitz, Neuz ältere Linie, gest. 1. November d. J. an der Porzellanerkrankheit. Letzte Krankheitsdauer 27 Wochen.

Ehre seinem Andenken!

Adressen-Henderungen

Ehren. Rff. Otto Domhardt, Dr., Langwiesenerstr. 16.

Uersammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Uersammlungen erwünscht.

Arzberg. Sonnabend, 21. November, 8 Uhr, im Konsumvereinslokal.

Berlin. Sonnabend, 21. November, 8 1/2 Uhr, **Zahlstellenversammlung** im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Vortrag des Genossen Hirsch über „Krieg und Dichtung“. — Montag 23. November, 7 Uhr, **Figurenbranche** bei Wollschläger, Adalbertstraße 21.

Mittwoch, 25. November, 8 1/2 Uhr, Glasmaler. An der Stralauerbrücke 3. — Montag, 30. November, 8 1/2 Uhr, **kombinierte Sitzung der Branchen Schlags, Kunstgewerbe, Porzellan, Emaille und Apothekerhandgefäße.** An der Stralauerbrücke 3. In allen Sitzungen wichtige Tagesordnung!

Bonn. Sonnabend, 21. November, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule

Bunzlau. Sonnabend, 21. November, 8 1/2 Uhr, im Deutschen Reich.

Düsseldorf. Sonnabend, 28. November, im Volkshaus, Zimmer 4

Grünhain. Sonnabend, 21. November, 8 1/2 Uhr, bei Goldhahn.

Mitterteich. Sonnabend, 21. November, 7 Uhr, b. Kraus, i. d. Eiche

München. Sonnabend, 21. November, 8 Uhr, im goldenen Lamm, Zweigstr. 4.

Preis der 2 gespaltenen
Beitragteile 30 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung
ist Bedingung

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Vergolderet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Kottmann,** Stadtilm i. Thür.

Zahl
weil
grossen
Umsatz
höchste
Preise

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle



Edel-
Metall-
Schmelze
Gegründet
1896

Osterwoldstrasse 32. **Otto Seifert, Zwickau S.**

Goldhaltige Malrückstände

kauft Firma

M. Köhler, Dresden, Wettiner-Straße 20.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle,

wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Asche, sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-N., Serrestrasse 5.
Gold- und Silberscheideanstalt.

Gold-, Silber- und Platinabfälle

als Schmiere, Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend

Max Haupt, Dresden-N., Bönischplatz 17.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 8.

Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.